

FÜR EINEN SOZIALEN SCHWALM-EDER KREIS

Programm für die Kommunalwahl am 06. März 2016

DIE LINKE

Kreisverband Schwalm-Eder

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	3
Kommunale Finanzen sichern	3
Grundsätze bei allen Kommunalen Haushalten	4
Frauenpolitik	4
Soziale Kommune	5
Weg mit Hartz IV	5
Selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen sichern	5
Selbstbestimmtes Leben im Alter	6
Geflüchtete willkommen heißen	6
Öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle	7
Ökologische Kommunalpolitik	7
Sozialökologische Verkehrspolitik	7
Radwegenetz	8
Jugend- und Seniorenmobilität	8
Regionale Vernetzung	8
Kommunale Investitionen nach sozialen und ökologischen Kriterien	8
Energie Trinkwasser Abfallwirtschaft	9
Gegen SuedLink	9
Breitbandkabel	9
Flächennutzung fair vergüten	10
Abfallwirtschaft	10
Kommunale Unternehmen erhalten und private kommunalisieren	10
Weiterentwicklung der Gemeinden	10
Sozialpass einführen	11
Nahversorgung	11
Gesundheit	11
Kommunale Wohnungspolitik	11
Angemessenen Wohnraum schaffen	11
Hartz IV: Keine Zwangsräumungen!	11
Kommunale Schulpolitik - Gute Schulen für alle	12
Ausstattung der Schulen und Klassen	12
Lernmöglichkeiten außerhalb der Schule	12
Chancengleichheit für alle Kinder	12
Kinderrechte sichern	13
Interkulturelle Erziehung	13
Mehr direkte Demokratie wagen	13
Kampf gegen Faschismus und Rassismus	14
Kommunen für den Frieden	14
Tierschutz im Schwalm-Eder Kreis	15
Mitmachen	15
Reden Sie mit uns!	16

Einleitung

Für soziale Gerechtigkeit und Demokratie in lebenswerten Städten und Gemeinden

Kommunalpolitik bedeutet für uns ein gutes Leben für alle in lebenswerten Städten und Gemeinden. Soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und die direkte Beteiligung der Bürger_innen sollen das Leben in unseren Kommunen bestimmen. Unser Ziel ist eine solidarische und demokratische Gestaltung unseres Gemeinwesens. Hier verbinden wir Protest und Widerstand gegen die herrschende Politik mit konkreten Alternativen, welche die Lebensbedingungen der Menschen verbessern.

Ein zentrales Problem im Schwalm-Eder-Kreis ist die demografische Entwicklung. Die Einwohnerzahl nimmt kontinuierlich ab, im Vergleich zu 2009 werden 2030 fast 14 % weniger Menschen im Schwalm-Eder-Kreis wohnen. Dies führt zu einem dramatischen Abbau kommunaler Infrastruktur, was wiederum die Abwanderung beschleunigt. Diese Spirale muss unterbrochen werden.

Ein Nahziel der Politik der LINKEN ist daher erstens die Sicherung der Strukturen und zweitens die Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum.

Kommunale Finanzen sichern

Wir fordern eine umfassende Gemeindefinanzreform

Die kommunalen Finanzen bestimmen die Möglichkeiten politischen Handelns vor Ort.

Die Gestaltung des Haushalts ist die zentrale Aufgabe kommunaler Politik. Sie hat die größten Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung. Dabei geht es neben Entscheidungen, die nur für das jeweilige Jahr wirksam sind, auch um Entscheidungen die in ihrer Wirksamkeit weit über die aktuelle Wahlperiode, teilweise sogar über eine ganze Generation hinausgehen. (z.B. Verkehrs- und Immobilienprojekte, Privatisierungsentscheidungen)

Nach Artikel 28 Abs.2 des Grundgesetzes haben die Gemeinden das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Dieses Recht existiert heute faktisch nicht mehr. Städte und Gemeinden werden finanziell ausgeblutet. Die Kürzungen des Kommunalen Finanzausgleichs durch die Schwarz - Grüne Landesregierung belasten Städte und Gemeinden in Milliardenhöhe. Zunehmend werden Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge einem Markt überlassen, dessen Kriterium nicht das Wohl der Menschen, sondern die Profitinteressen des Kapitals sind.

Unsere öffentlichen Einrichtungen sind Eigentum der Einwohnerinnen und Einwohner und dürfen nicht privatisiert werden. Sie sind die Voraussetzung der Daseinsvorsorge unter demokratischer Kontrolle. TTIP, TISA und ähnliche Abkommen greifen direkt in diese kommunalen Bereiche ein. (so sieht TTIP / TISA z.B. den unwiderruflichen Verkauf von öffentlichen Wasserversorgungseinrichtungen vor)
Deshalb gilt auch diesem Abkommen unser entschiedener Widerstand.

Für eine kommunale Finanzreform fordert DIE LINKE:

Auf allen Ebenen ist das "Konnexitätsprinzip" konsequent an zu wenden. Es stellt sicher, dass diejenige staatliche Ebene, die neue Aufgaben auf die Kommune überträgt, auch für deren vollständige Finanzierung gerade stehen muss. (Wer bestellt, bezahlt auch)

Folgende Grundsätze sind bei allen Kommunalen Haushalten zu beachten:

1. Bei der Aufstellung der Haushalte müssen deshalb langfristige Auswirkungen finanzieller Folgen aller Entscheidungen (z. B. Verzicht auf sog. Sale-and-lease-back-Projekte d.h. Verkauf und Rückanmietung öffentlichen Eigentums) im Vordergrund stehen.
2. Verkäufe kommunalen Eigentums zum kurzfristigen Stopfen von Haushaltslöchern lehnen wir ab, langfristig ist so eine Maßnahme unwirtschaftlich.

Unmittelbar müssen überschuldete Kommunen durch den Bund und die Landesregierung entschuldet werden. Kommunen müssen auch ein größeres Stück vom Steuerkuchen abbekommen, um nicht länger nur den Mangel zu verwalten. Um der kommunalen Schuldenfalle zu entrinnen und Städte und Gemeinden wieder Handlungsspielräume zu geben, damit sie ihre öffentlichen Aufgaben gut erfüllen können, wollen wir eine umfassende Gemeindefinanzreform. (Ersetzen der Gewerbesteuer durch die Gemeindefinanzsteuer, d.h. Einbeziehung aller Freiberufler, Ärzte, Rechtsanwälte..u.a. in die Besteuerung)

Statt einer schädlichen Schuldenbremse, vermeintlichen Rettungsschirmen und Kürzungsdiktaten müssen planungssichere Einnahmen für die Kommunen sowie ein Steuerrecht, das die öffentliche Daseinsvorsorge stärkt, geschaffen werden. Notwendig ist etwa die Einführung einer Vermögenssteuer, deren Einnahmen direkt den Ländern und Kommunen zugute kämen.

Soziale Kommune:

Frauenpolitik

Die Gleichstellung der Geschlechter gehört zu den Kernaufgaben linker Politik. Wir sehen die Durchsetzung von Gleichberechtigung als Querschnittsaufgabe, die es in allen Politikbereichen zu befolgen gilt.

DIE LINKE fordert die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern an allen Gütern, Kultur, Bildung Gesundheit etc.. Beide Geschlechter haben ein Recht auf existenzsichernde Erwerbsarbeit, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, Möglichkeit zur Sorgearbeit in der Familie, Zeit für politische und gesellschaftliche Arbeit sowie ein Recht auf Kultur, Fortbildung und Genuss.

Auch die Kommune trägt Verantwortung dafür, dass diese Rechte auch für Frauen realisiert werden.

Dies umfasst die Einrichtung von Frauenbeauftragten in allen Kommunen, Förderungen von Frauenhäusern, Mädchentreffs in den Jugendzentren, jährliche Girls Days, quotierte Vergabe von Ausbildungsplätzen in den Kommunen und

Fördermaßnahmen für Frauen zur Übernahme von Führungsaufgaben in den kommunalen Verwaltungen.

Kommunale Arbeitsmarktpolitik für die Menschen

Städte und Gemeinden sind auch Arbeitgeber. Sie können durch eine, an den Lebensbedürfnissen der Menschen vor Ort orientierte Beschäftigungspolitik, tariflich bezahlte Arbeitsplätze schaffen, die den vorhandenen Qualifikationen der Arbeitssuchenden entsprechen, den Interessen der Allgemeinheit dienen und ein Wegdrücken der Erwerbslosen in Ein-Euro-Jobs verhindern. Letztere sind abzuschaffen. Hierzu ist eine aktive und einfallsreiche wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde erforderlich und geboten.

Wir setzen uns für einen Mindestlohn von 10€ bei der Vergabe von allen kommunalen Aufträgen ein.

Befristete Arbeitsverhältnisse und die Beschäftigung über Leih- und Zeitarbeitsfirmen sind auf kommunaler Ebene zu vermeiden.

Weg mit Hartz IV !

Für DIE LINKE bleibt es dabei: Hartz IV ist Armut per Gesetz und gehört abgeschafft. Wir nutzen jeden Handlungsspielraum in der Kommune, etwa im Bereich der Jobcenter, um den Folgen dieser Armutsgesetzgebung entgegenzutreten. Wir setzen uns für die Übernahme der tatsächlichen Kosten der Unterkunft (KdU) ein.

DIE LINKE fordert :

1. Abschaffung aller „Ein-Euro-Jobs“ und prekären Beschäftigungsverhältnisse. Statt dessen Schaffung von tariflich entlohnten und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen im schwerpunktmäßig sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich
2. Stärkere Unterstützung der Schuldner-Beratungsstellen karitativer Vereine.
3. Bereitstellung von Ganztagskinderbetreuung für alleinstehende, arbeitssuchende Erziehungsberechtigte mit Kindern über drei Jahren, damit eine Vermittlung in versicherungspflichtige Arbeit überhaupt stattfinden kann
4. Kostenlose Girokonten für HartzIV Empfänger bei den Kreis- und Stadtparkassen

Selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen sichern

Die UN-Konvention für die Rechte Menschen mit Behinderungen muss auf allen Politikebenen und somit auch im Schwalm-Eder-Kreis umgesetzt werden. Im Mittelpunkt soll dabei der Begriff der Inklusion stehen. Für den Ausgleich individueller Beeinträchtigungen sind entsprechend Vorkehrungen zu treffen, die eine selbstbestimmte Teilhabe ermöglichen. Dazu zählen vor allem die Beseitigung und Vermeidung von baulichen und finanziellen Barrieren sowie die Gestaltung gesellschaftlicher Strukturen, die nicht diskriminieren und bevormunden, sondern die gesellschaftliche Teilhabe befördern.

Ebenso sind kreiseigene und vom Kreis betriebene Einrichtungen so zu gestalten, dass eine Nutzung auch für Menschen mit Behinderungen leicht möglich ist.

DIE LINKE unterstützt die Arbeit der Behindertenbeauftragten im Schwalm-Eder Kreis.

Selbstbestimmtes Leben im Alter

Die Altersarmut nimmt zu. Insbesondere Frauen sind aufgrund ihrer Biografie (Kindererziehung, Pflegetätigkeiten in der Familie, Halbtagsstätigkeiten, Arbeitslosigkeit etc.) betroffen. Der wachsende Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung wird zunehmend als Vorwand genutzt, um die Leistungen der Alterssicherung abzubauen und zu privatisieren.

Das Rentenalter wurde auf 67 Jahre heraufgesetzt, was einer Kürzung der Rente gleichkommt. Für viele alte Menschen werden die Renten bereits in naher Zukunft nicht einmal mehr die Grundbedürfnisse befriedigen.

In vielen gesellschaftlichen Bereichen werden ältere Menschen ausgegrenzt und nur als Kostenfaktor betrachtet. (Bankkredite, Wahlämter...) Dabei sind Seniorinnen und Senioren aufgrund ihrer Erfahrungen und Kenntnisse ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft. Jegliche Diskriminierung aus Altersgründen muss unterbleiben.

DIE LINKE fordert :

1. Schaffung von bezahlbaren alten- und behindertengerechten Wohnungen durch die Städte und Gemeinden. Der Selbständigkeit ist Vorrang vor anderen Unterbringungsmöglichkeiten zu geben.
2. Ambulante soziale Dienste und Pflegehilfen gehören in den öffentlichen Sektor. Treffpunkte für Seniorinnen und Senioren mit Kulturprogramm, Bildungsangebot, Freizeitgestaltung sind auszuweiten.

Geflüchtete willkommen heißen

Die Aufnahme von Menschen in Not ist ein humanitäres Gebot.

Geflüchtete haben das Recht auf eine selbstbestimmte Lebensführung. Dazu gehört vor allem eine menschenwürdige, dezentrale Unterbringung mit guter Anbindung an Infrastruktur. Grundsätzlich sind Geflüchtete in Wohnungen unterzubringen. Sammelunterkünfte lehnen wir ab. Folgende Leistungen sollten nicht nur den Geflüchteten, sondern allen Menschen in unserem Lande bei Bedarf zukommen:

Eine ausreichende medizinische Versorgung, soziale und psychologische Betreuung sind ebenso sicherzustellen, wie eine unabhängige juristische Beratung. Neben der Umsetzung der Schulpflicht und die Teilnahme an Sprachkursen ist der Zugang zu Bildungs-, Sport- und Kultureinrichtungen zu gewährleisten. Wir begrüßen sehr das Engagement aus der Zivilgesellschaft zur Unterstützung von Geflüchteten. Dies muss weiter gefördert und unterstützt werden. Das Land muss die notwendigen finanziellen Mittel für die Aufnahme von Geflüchteten bereitstellen. Diese Kosten dürfen nicht auf die Kommunen abgewälzt werden.

Dem Kreis obliegt als Sozialhilfeträger die Versorgung von Asylbewerbern, die dem so genannten Asylbewerberleistungsgesetz unterliegen. Die Unterbringung der AsylbewerberInnen ist im Asylverfahrensgesetz festgeschrieben. Dabei müssen die bestehenden Regelungen so ausgelegt werden, dass den Geflüchteten eine menschenwürdige Unterbringung ermöglicht wird.

DIE LINKE kämpft für die Einbeziehung aller dauerhaft in einer Gemeinde lebenden Menschen in die kommunalen Entscheidungsprozesse. Solange der Gesetzgeber die notwendigen Voraussetzungen nicht schafft, müssen die Ausländerbeiräte aufgewertet und für Migrant_innen auch andere Wege für die örtliche Mitwirkung geschaffen werden. Das Demokratieprinzip gebietet, dass Menschen, die gemeinsam in einer Gemeinde leben, auch gemeinsam die kommunalen Entscheidungen für ihr Leben und ihre Zukunft treffen. Das ist ein Menschenrecht, das nicht vom Besitz eines bestimmten Reisepasses abhängig sein darf. Um die gesellschaftliche Vielfalt auch in hessischen Rathäusern abzubilden, setzen wir uns für eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung ein. Auch die Ideen und die Mitbestimmung aller sind eine Bereicherung für die Demokratie! DIE LINKE fordert deshalb das kommunale Wahlrecht für alle unabhängig ihrer Herkunft und ab dem 16. Lebensjahr.

Öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle

DIE LINKE steht für eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Ausbau der öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab. Erziehung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Schaffung bezahlbaren Wohnraums, Altenpflege, öffentlicher Personennahverkehr, Energieversorgung, Wasserversorgung und Entsorgung sind öffentliche Aufgaben. Diese Einrichtungen müssen den Menschen dienen und nicht Profitwünsche privater Kapitaleigner erfüllen. Die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA beabsichtigen die Privatisierung fast aller dieser Bereiche. Rekommunalisierungen vormals privatisierter Bereiche werden nahezu unmöglich. DIE LINKE sagt Nein zu dieser weiteren Liberalisierung des Freihandels zulasten der öffentlichen Daseinsvorsorge. Privatisierungen haben gezeigt, dass sich die Leistungen für die Menschen vor Ort reduzieren und zugleich Arbeitsbedingungen und die Bezahlung der Beschäftigten verschlechtern. Wir wollen Arbeitsplätze in der Region halten.

Die Beteiligungen privater Investoren an öffentlichen Projekten (PPP) lehnen wir ab. Diese Projekte ermöglichen den Investoren profitable Anlagen und sind für die Kommunen im Endeffekt teurer als kommunale Lösungen.

Transparenz, demokratische Kontrolle und Beteiligung der Bürger_innen an Entscheidungen öffentlicher Unternehmen müssen sichergestellt werden.

Ökologische Kommunalpolitik

DIE LINKE stellt sich den Herausforderungen, die der Erhaltung eines lebenswerten Umfeldes für Mensch und Tier dienen. Dazu gehören Themen der Ökologie, der Nachhaltigkeit von Methoden und Technik, des Natur- und Umweltschutzes wie auch des Tierschutzes. Die Politik „vor Ort“ kann entscheidend dazu beitragen die Umwelt zu schützen.

Sozialökologische Verkehrspolitik

DIE LINKE steht für den Erhalt bzw. Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs aus ökologischen und sozialen Gründen. Die bestehenden öffentlichen Nahverkehrsmittel müssen gefördert und neue Konzepte öffentlicher Mobilität entwickelt werden. Die Versorgung „vor Ort“ ist in den Gemeinden oft nur mit dem PKW

gewährleistet. Grundsätzlich ist dem öffentlichen Personennahverkehr Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr einzuräumen. Letzterer führt zu immensen Belastungen der Umwelt und der Menschen durch Feinstaub und Lärm. Die ÖPNV-Preisgestaltung muss sozialen Kriterien Rechnung tragen. Insbesondere einkommensschwache Menschen sind in ihrer Mobilität eingeschränkt, da die Fahrpreise nicht bezahlbar sind. Außerdem sind im ländlichen Bereich die öffentlichen Nahverkehrssysteme oft nur unzureichend vorhanden. DIE LINKE strebt einen Null-Tarif im öffentlichen Nahverkehr an. Die Schülerbeförderung muss kostenfrei bis zur 13. Klasse und für Fahrten zur Berufsschule angeboten werden. DIE LINKE fordert zudem eine deutliche finanzielle Unterstützung eines Systems von Anrufsammeltaxen (AST), Rufbussen. Unverzichtbar ist auch die behindertengerechte Gestaltung des ÖPNV.

Radwegenetz

Radfahren ist gesundheitsfördernd, steigert die Mobilität und ist ökologisch und ökonomisch sinnvoll. Gut ausgebaute Radwege sind ein touristischer Wirtschaftsfaktor und Voraussetzung für mehr Verkehrssicherheit.

DIE LINKE fordert:

Schnelle Verwirklichung aller Vorhaben für ein kreisübergreifendes Radwegenetz sowie das Ausweisen neuer Radwege und die Instandsetzung bestehender Radwege. 5% der Straßenbaukosten sollen für den Ausbau der Radwege genutzt werden. Beim Umbau ist auf niedrige Bordsteinkanten nach EU-Norm und Einbau von Rampen zu achten. Wir fordern die erneute Einsetzung eines Radwegebeauftragten und eine bessere Unterstützung seiner Arbeit durch die Kreisverwaltung.

Unnötigen, motorisierten Individualverkehr vermeiden

Zur Förderung von gemeinsamen Fahrten zum Arbeitsplatz ist die Einrichtung von kostenfreien Sammelparkplätzen in der Nähe von Autobahnauffahrten sinnvoll. Genauso wichtig ist eine ausreichende Anzahl kostenfreier Parkplätze an jedem Bahnhof im Kreis.

Jugend- und Seniorenmobilität

Die junge Generation kann ein ökologisches Mobilitätsverständnis unter Verzicht auf das Auto nur entwickeln, wenn das Angebot stimmt. DIE LINKE fordert ein bedarfsgerechtes Nachttaxi-System nach dem Abhol- und Sammelprinzip. Wir unterstützen die Schaffung und den Erhalt von Bürgerbussen auf Gemeinde- und Kreisebene.

DIE LINKE fordert :

Regionale Vernetzung

Die Zukunftsfähigkeit eines Kreises und einer Region hängt trotz Globalisierung und Internet in hohem Maße von regionalen und umweltfreundlichen Wirtschaftskreisläufen ab. Eine Kommunalpolitik, die auf Nachhaltigkeit statt nur auf Wachstum setzt, trägt dazu bei. Einheimische Unternehmen sind deshalb besonders zu fördern.

Kommunale Investitionen nach sozialen und ökologischen Kriterien

Die Kommunen müssen nach sozialen und ökologischen Kriterien investieren.

DIE LINKE fordert :

1. Investitionen der Kommunen und Kreise sowie Förderung von Bürgerinvestitionen in die Erzeugung von erneuerbarer Energie gegen den Klimawandel
2. Sicherung der kommunalen Energieproduktion und -verteilung durch Energieunternehmen in kommunalem Besitz;
3. umweltpolitische Ausrichtung der kommunalen Handlungsfelder Abfall, Flächenverbrauch, Wasser, Energieeinsatz, Mobilität und Wirtschaftsstruktur;
4. landwirtschaftliche Nutzung von kommunalen Flächen nur nach den Prinzipien des ökologischen Landbaus.
5. die Produktion umweltschonender Bautechniken soll gefördert und eine Werbekampagne für Produkte aus der Region gestartet werden, die umweltschonend hergestellt wurden und ökologischen Standards entsprechen.

Energie, Trinkwasser, Abfallwirtschaft

DIE LINKE fordert :

1. Der Kreis soll weiterhin auf seine Gemeinden einwirken, dass sie auf erneuerbare Energien mit dezentralen Anbietern umrüsten. Außerdem sollten Stromanbieter möglichst umweltfreundlichen Strom anbieten und offensiv bewerben.
2. Eine deutliche Verminderung des CO₂-Ausstoßes ist nur durch die energietechnische Sanierung des Altbaubestandes zu erreichen.
3. Der Kreis soll auf seine Städte und Gemeinden einwirken, damit diese die energietechnische Sanierung von Altbauten durch Beratung sowie die Entwicklung geeigneter Finanzierungsinstrumente fördern.
4. In Bebauungsplänen wird Ressourcen schonendes Bauen verpflichtend vorgeschrieben und ggf. bezuschusst.

Gegen SuedLink:

DIE LINKE steht für eine nachhaltige Energiewende mit dezentral erzeugter Energie aus Sonne, Wind und nachwachsenden Rohstoffen, Energieeinsparung und intelligenten Stromnetzen.

Wir brauchen keine Mega-Stromtrasse, die Windenergie von der Nordsee bis nach Bayern transportiert und regionale, dezentrale Energieerzeuger behindert/verhindert. Wir befürchten dass Deutschland zur Hauptachse eines grenzüberschreitenden, europaweiten Stromaustauschkonzeptes wird, bei dem die Gewinne der Großkonzerne und nicht der tatsächliche Bedarf an Energie und das Wohl der Menschen im Vordergrund stehen.

Wir sind gegen die SuedLink-Trasse auch wegen ihrer negativen Auswirkungen auf die Umwelt: Zerstörung von Wald- und Naturflächen in immensem Ausmaß, Verschandelung der Landschaft, gesundheitliche Risiken.

Stattdessen fordern wir ein sinnvolles, bedarfsgerechtes und transparentes Gesamtkonzept für eine nachhaltige Energiewende, bei der die dezentrale Energieversorgung im Vordergrund steht. Dies schafft/erhält Arbeitsplätze in der Region.

Breitbandkabel:

Noch immer sind viele ländliche Gebiete im Schwalm Eder Kreis vom schnellen Internet abgehängt. Der Ausbau mit Breitbandkabel verläuft nur schleppend, da die großen Telekommunikationsunternehmen nur dort investieren, wo sich satte Gewinne eröffnen.

Deshalb haben sich 5 nordhessische Kreise zusammengeschlossen um in den nächsten Jahren für 147 Millionen Euro rund 2600 Kilometer Glasfaserkabel bis in die kleinsten Dörfer legen. DIE LINKE unterstützt dieses Projekt. Ein schneller Internetzugang gehört mittlerweile zur öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht von den Profitinteressen privater Unternehmen abhängen.

Flächennutzung fair vergüten

Wir unterstützen die Forderung zahlreicher Kommunen in Nordhessen nach einer Beteiligung an den Erlösen, die Hessen-Forst durch die Verpachtung von Waldflächen (z.B. für Erdkabelverlegung oder Windräderbau) an Investoren erzielt. In Rheinland-Pfalz sind die Kommunen mit bis zu 30 Prozent an Pächterlöhnen beteiligt. Damit kann man die Akzeptanz für die Energiewende erhöhen.

Abfallwirtschaft

Der beste Abfall ist der, der nicht entsteht. DIE LINKE unterstützt alle Maßnahmen zur Vermeidung von Abfällen. Zur Verbesserung der Müllvermeidung und Mülltrennung muss der Kreis gewerbliche Betriebe und private Haushalte verstärkt über entsprechende Möglichkeiten informieren.

Kommunale Unternehmen erhalten und privatisierte Unternehmen rekommunalisieren

DIE LINKE steht für eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Ausbau der öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab. Bereits privatisierte Bereiche sollten rekommunalisiert werden. Erziehung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Altenpflege, öffentlicher Personennahverkehr, Energieversorgung, Wasserversorgung und –entsorgung sind öffentliche Aufgaben und müssen öffentliche Aufgaben bleiben. Nur so ist eine sozialverträgliche Preisgestaltung und demokratische Einflussnahme gesichert.

DIE LINKE fordert :

1. Die Privatisierung der ehemals kreiseigenen Kliniken ist rückgängig zu machen. Der Verkauf hat zu einer Serviceverschlechterung und der Schließung der Homberger Klinik geführt. Außerdem haben sich die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verschlechtert.

2. Die bereits jetzt bestehenden Verträge zur Privatisierung müssen komplett öffentlich zugänglich gemacht werden.
3. Kreiseigene Freizeiteinrichtungen in Schönau und Sylt, der Wildpark Knüll und das Jugendcamp in Dahme an der Ostsee dürfen nicht privatisiert werden.

Weiterentwicklung der Gemeinden

Die Attraktivität der Gemeinden muss besonders für Familien gesteigert werden.

DIE LINKE fordert :

1. Investitionen in Vereins-, Sozial- und Kultureinrichtungen
2. Förderung von mehr Jugendsozialarbeit und selbstverwaltete Jugend- und Sozialeinrichtungen

Sozialpass einführen

Die Einführung eines Sozialpasses für Empfänger staatlicher Transferleistungen nach ALG II und SGB XII ist notwendig. Er umfasst den kostenlosen Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen von den Büchereien über Bäder, Museen bis zur kostenlosen Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel.

Nahversorgung:

Die Erhaltung und Förderung wohnortnaher Einkaufsmöglichkeiten ggf. durch genossenschaftliche Einrichtungen ist zu unterstützen.

Gesundheit

Die Gesundheitspolitik muss den Rahmen dafür schaffen, dass Arztpraxen im ländlichen Raum erhalten bleiben. Der Kreistag muss Anreize für eine flächendeckende ärztliche Versorgung schaffen. Die Umstellung auf ärztliche Bereitschaftsdienstzentralen -statt Wochenenddienst für Hausärzte- hat zu Verschlechterung der Versorgung geführt. Die Notfallaufnahmen in den Krankenhäusern sind seitdem fast immer überfüllt. Sie sollten dringend erweitert werden.

DIE LINKE Schwalm-Eder tritt für eine solidarische Bürgerversicherung für die gesamte Bevölkerung ein, die alle Einkommensarten, auch Kapital- und Vermögenseinkünfte, einbezieht – und zwar in voller Höhe ohne Bemessungsgrenze.

Kommunale Wohnungspolitik

Angemessenen Wohnraum schaffen

Schon heute gibt es im Schwalm-Eder-Kreis viele Leerstände. Demgegenüber steht ein Mangel von angemessenem Wohnraum. Alte Menschen finden keine barrierefreien Wohnungen.

Die Förderung von generationsübergreifendem Wohnen ist vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung deshalb wichtig. Eine Ghettoisierung ist zu vermeiden.

Es muss sicher gestellt sein, dass im Schwalm-Eder-Kreis ausreichend sozialer Wohnraum zur Verfügung steht. Die Erhaltung und der Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und des kommunalen, genossenschaftlichen und privaten Wohnungsbestandes sind eine zentrale Forderung der LINKEN. Sanierung statt Leerstand! Das schafft zudem Arbeitsplätze im Kreis.

DIE LINKE fordert:

Der Kreis muss seine Fürsorgepflicht erfüllen, indem er ein Konzept zur Umwandlung von ungenutzten gewerblichen Räumen und ungenutzten Wohnhäusern in sozial erschwinglichen Wohnraum entwickelt.

Hartz IV: Keine Zwangsräumungen!

Durch Hartz IV werden auch im Wohnbereich repressive Regelungen durchgesetzt. Mieterinnen und Mieter müssen ihre "Bedürftigkeit" nachweisen. Die Jobcenter entscheiden über die "Angemessenheit" von Miete, Heizkosten und Wohnungsgröße, oftmals unabhängig von der Verfügbarkeit. Das im Schwalm-Eder Kreis angewendete „schlüssige Konzept“ ist fehlerhaft und realitätsfremd. Es führt zu Zwangsräumungen und einer Verdrängung von Betroffenen in entlegene Ortschaften und somit zu einer Ghettoisierung. DIE LINKE wird sich mit allen Kräften dagegen wehren, dass ALG II-Bezieher aus ihren Wohnungen und ihrer angestammten Lebenswelt vertrieben werden.

Kommunale Schulpolitik - Gute Schulen für alle

DIE LINKE steht für ein anderes Schulkonzept. Statt Auslese heißt unser Prinzip Förderung. Wo Entscheidungen auf kommunaler Ebene getroffen werden können, wird sich DIE LINKE für jeden Schritt einsetzen, der das mehrgliedrige Schulsystem durch integrative Gemeinschaftsschulen ersetzt. Diese sind personell und sachlich so auszustatten, dass an ihnen inklusiver Unterricht stattfinden kann.

Wir fordern Ganztagschulen mit fachlich ausgebildetem Personal, das zu einer individuellen Förderung der Kinder in der Lage ist. Dazu gehört auch eine entsprechende räumliche und sachliche Ausstattung der Schulen. Kostenloses, in öffentlichen Küchen gekochtes Essen aus biologischem und regionalem Anbau muss zum Standard jeder Schule und jeder Kindertagesstätte gehören.

Eine öffentliche Förderung von Privatschulen, die von den Kindern Schulgeld verlangen, lehnt DIE LINKE nachdrücklich ab. Solche Schulen stehen in einem krassen Widerspruch zu unserer Forderung nach einer Schule für alle.

Die Einrichtung von SozialarbeiterInnenstellen an 19 Schulen im Schwalm-Eder-Kreis hat sich bewährt und muss erhalten bleiben.

Berufsschulen sollten in der Regel für alle betroffenen Schülerinnen und Schüler mittels ÖPNV und in angemessenen Zeiträumen erreichbar sein.

Die Volkshochschule darf nicht zu einem Wirtschaftsbetrieb in Konkurrenz zu den vielen kommerziellen Angeboten der Erwachsenenbildung werden. Sie muss wieder ihren politischen und sozialen Aufgaben gerecht werden.

Ausstattung der Schulen und Klassen

Die dem Kreis durch die Schulumlage zur Verfügung stehenden Mittel müssen transparent und unter Beteiligung der Schulen eingesetzt werden.

Zur Erfüllung ihrer pädagogischen Aufgaben sollen die Schulen über ausreichende und funktionsgerechte Ausstattungen z.B. Arbeits- und Lernmaterialien, funktionsgerechtem Mobiliar... verfügen.

Bildung und Unterricht sind Aufgaben des Staates und dürfen nicht kommerziellen Anbietern überlassen werden. Werbung hat an Schulen nichts zu suchen

Lernmöglichkeiten außerhalb der Schule

1. Schüler_innen aus einkommensschwachen Familien müssen ausreichende Zuschüsse für Klassenfahrten erhalten.
2. Für Klassenbesuche in Heimatmuseen, Gedenkstätten und sonstigen Bildungseinrichtungen soll weiterhin ein kostenloser oder kostengünstiger Eintritt ermöglicht werden.

Chancengleichheit für alle Kinder!

Der Anteil von Kindern und Jugendlichen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, ist laut Armutsbericht weiter angestiegen. Die Konsequenzen aus einem Leben in Armut sind beengte Wohnverhältnisse, schlechte Ernährung, gesundheitliche Beeinträchtigung, emotionale Verarmung und eingeschränkte Bildungschancen.

Nur wenn Kinder und Jugendliche in einem gesunden sozialen Klima aufwachsen, wenn sie den Weg zu ihrer individuellen Bildung uneingeschränkt nutzen können und in einer Umwelt leben, die ihnen die Natur erlebbar macht und nicht täglich neue Bedrohungen auftischt, nur dann werden aus Kindern einmal Erwachsene, für die soziale Gerechtigkeit, Toleranz, Ökologie und Frieden nicht nur Schlagworte sind. Nur wer Menschlichkeit erlebt, kann menschlich reagieren.

Eine bedarfsgerechte und selbstbestimmte Kinder- und Jugendpolitik muss vorangetrieben werden, damit alle Kinder und Jugendliche dieselben Chancen für ihre Entwicklung und Bildung bekommen.

Die Wahrnehmung kultureller Angebote beispielsweise der Stadtbüchereien, soziokulturellen Treffpunkten, Musikschulen und von Veranstaltungen dürfen kein Luxus und nur für begüterte Bürger_innen sein. Kulturelle Angebote gehören grundlegend zur Lebensentfaltung aller und deshalb müssen Städte und Gemeinden die kulturelle Arbeit weiterhin fördern, anstatt sich aus der Arbeit zurückzuziehen, weil es sich angeblich um freiwillige Leistungen handeln würde.

DIE LINKE fordert:

1. den zügigen Ausbau der Kindertageseinrichtungen mit kostenlosen Krippenplätzen und kostenlosen Kindergärten, in denen eine qualifizierte

Förderung durch ausreichendes pädagogisches Fachpersonal für alle Altersgruppen gewährleistet ist. Den Einsatz von Nicht-Fachkräften lehnen wir ab. Die Ausbildung und die Bezahlung von Erzieher_innen müssen angehoben, die Fortbildung verbessert werden

2. wohnungsnahe Spielplätze
3. kostenlose Nachhilfe für Kinder aus einkommensschwachen Familien, die eine Förderung benötigen.

Kinderrechte sichern:

Weil die Belange der Kinder und Jugendlichen in jeden anderen politischen Bereich hineinreichen, wie Stadtplanung, Verkehrsentwicklung und Wohnungsbau, müssen sie auch dort vertreten werden.

DIE LINKE fordert :

Die Einrichtung von Kinderbeauftragten

Interkulturelle Erziehung

Verstärkte Interkulturelle Erziehung muss in allen Einrichtungen wie Schulen und Kitas gewährleistet werden. Die verschiedenen Kulturen sollen erlebbar gemacht werden.

Mehr direkte Demokratie wagen - Bürgerengagement mit Bürgerbeteiligung verbinden

Auch nach der Novellierung der Hessischen Gemeinde- und Landkreisordnung Anfang 2011 sind die Möglichkeiten zur direkten Beteiligung der Menschen vor Ort völlig unzureichend. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern kennt die Hessische Kommunalverfassung weiterhin kein Petitions- oder Antragsrecht für ihre Bürger_innen. DIE LINKE tritt für eine deutliche Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten ein. Wir wollen, dass die Menschen vor Ort durch Begehren und Entscheide mehr unmittelbaren politischen Einfluss erhalten. Das setzt jedoch Transparenz der öffentlichen Entscheidungswege und Informationsfreiheit voraus. Auch die kommunalen Mandatsträger_innen sollen mehr Kontrollrechte gegenüber den Magistraten und Kreisausschüssen sowie den kommunalen Unternehmen erhalten. Dazu gehört auch die weitestgehende Aufhebung der Geheimhaltungspflichten, die nach Einführung privater Rechtsformen bei den kommunalen Unternehmen die Kontrollrechte der Parlamente faktisch aushebeln.

DIE LINKE setzt sich für echte Bürgerhaushalte ein. Diese dürfen jedoch nicht dazu dienen, die Menschen vor Ort für die Umsetzung von Spardiktaten mitverantwortlich zu machen. Es ist daher unabdingbar, dass den Menschen in allen Phasen eine breite und aktive Teilnahme an den Entscheidungsprozessen möglich ist, umfassende und problemorientierte Informationen zur Verfügung stehen sowie die Kommunalvertretungen dazu verpflichtet sind, dem Votum der Menschen zu folgen. Das zunehmende – und unterstützenswerte - ehrenamtliche Engagement in den Kommunen darf nicht dazu missbraucht werden, öffentliche Aufgaben auf die

Schultern der Ehrenamtlichen abzuwälzen. Ehrenamtlichkeit darf keine Arbeitsplätze ersetzen, sie benötigt hauptamtliche Strukturen um gut arbeiten zu können. Das bürgerschaftliche Engagement verfehlt völlig seinen Zweck, wenn den beteiligten Menschen gleichzeitig jede Mitbestimmung bei den kommunalen Entscheidungen verweigert wird.

Kampf gegen Faschismus und Rassismus

Antisemitismus und alle anderen Formen des Rassismus richten sich gegen ein menschliches Zusammenleben aller. Wir wenden uns gegen alle Kräfte, die ethnische oder religiöse Minderheiten zu Sündenböcken für eine verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik machen. Einer Diskriminierung dieser Minderheiten insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungssystem und durch Behörden treten wir entschieden entgegen. Wir verteidigen das Recht aller Religionsgemeinschaften auf eine freie Religionsausübung im Rahmen der allgemeinen Gesetze. Wo faschistische Organisationen auftreten, verteidigen wir – auch in lokalen überparteilichen Bündnissen - den öffentlichen Raum gegen ihre Hetze. Wir setzen auf antifaschistische Aufklärungsarbeit. Vereine, Kultur- und Jugendinitiativen, die auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen orientieren, müssen kommunal gefördert werden. Wir setzen uns für eine antifaschistische und aufklärerische Erinnerungsarbeit vor Ort ein.

Kommunen für den Frieden

DIE LINKE ist Teil der Friedensbewegung. Wir stehen gegen die Rüstungsindustrie und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wir wenden uns gegen jede Militarisierung des Lebens in der Kommune. Die Werbung für die Bundeswehr und Auslandseinsätze hat in Schulen, Universitäten, Arbeitsagenturen und Jobcentern nichts zu suchen.

Wir befürworten Städtepartnerschaften und wollen sie dazu nutzen, die internationale Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen und Kultureinrichtungen zu stärken. Wir setzen uns ein für eine solidarische Kooperation der Kommunen auf europäischer und internationaler Ebene in den Bereichen Entwicklungspolitik, gerechte Weltwirtschaft, Arbeitswelt, Umwelt und präventive Friedenspolitik.

Tierschutz im Schwalm-Eder-Kreis

Dem Tierschutz fällt seit 2002 durch Aufnahme in das Grundgesetz Verfassungsrang zu.

Kommunen sind gesetzlich für die Versorgung von Fundtieren (die einen Eigentümer haben oder hatten) verpflichtet, nicht aber für herrenlose Tiere. Um den Aufgaben nach zu kommen, bedienen sich Kommunen überwiegend privat organisierter Vereine und Einzelpersonen. Nicht immer sind die finanziellen Verpflichtungen der Kommunen für diese Unterbringung geregelt. Dies führt aktuell zu Unterkapazitäten.

DIE LINKE fordert :

1. Wahrnehmung der Obhutspflicht für alle Tiere, die im Tierheim landen und die nicht von ihren (Vor-)Eigentümern dort abgegeben wurden in Form einer angemessenen Finanzierungspauschale.

2. Begleichung aufgelaufener Außenstände an die Tierheime.
3. Lebenslangen Verzicht auf Erhebung von Steuer für Tiere aus dem Tierheim.
4. Volle Übernahme der Tierarztkosten, Wasser-, Energie- und Heizkosten der Tierheime durch die Kommune anteilig der zugewiesenen Tiere.

Mitmachen

Ob soziale Ungleichheit, Klimawandel, Beschäftigungspolitik, Bildungschancen oder Gesundheitsversorgung: Veränderungen fangen vor Ort an und wirken sich vor Ort aus.

Wir rufen die Menschen auf, sich für ihre Belange einzumischen und für notwendige Veränderungen stark zu machen. Wir ermuntern diejenigen, die nicht länger einfach alles geschehen lassen wollen, aktiv für eine bessere Zukunft einzutreten und mit uns gemeinsam für eine soziale, offene und demokratische Kommunalpolitik zu streiten.

Reden Sie mit uns!

Wir bieten den Wählerinnen und Wählern an, in einem Dialog die Kommunen lebenswert zu erhalten und auszubauen. Dieses Programm ist die Grundlage für diesen Austausch mit den Menschen vor Ort.

Besuchen Sie uns in unserem Büro:

Steingasse 5
34613 Schwalmstadt
Tel: 06691 2204630
Mobil: 01732709701
www.die-linke-schwalm-eder.de

Impressum

DIE LINKE. Kreisverband Schwalm-Eder
Steingasse 5
34613 Schwalmstadt
Tel: 06691 2204630
Mobil: 01732709701
die_linke_sek@gmx.de
www.die-linke-schwalm-eder.de
V.i.S.d.P. Jochen Böhme-Gingold

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten zum Kreistag:

1. Heidemarie Scheuch-Paschkewitz
2. Hans- Joachim Böhme-Gingold
3. Brigitte Lepper
4. Claudia Reimer
5. Joachim Schmidt
6. Gero Vogel
7. Eva Huke
8. Norbert Gimbel
9. Brunhilde Bangert
10. Guido van Rickelen
11. Heide Schüler
12. Dietmar Seiffert
13. Henry Valentin
14. Manfred Wilke
15. Inge Schmidt-Nolte
16. Carsten Volze
17. Klapp Lutz
18. Lutz Baumann
19. Christian Krähling
20. Matthias Bahlke
21. Thorsten Persau
22. Daniel Schmidt
23. Wolfgang Peter
24. Raik Beiser
25. Dorian Sorge
26. Alfred Jourdan